

NEUE GANZTAGSSCHULEN

Das deutsche Schulsystem ist im internationalen Vergleich nicht nur durch das Festhalten an der Mehrgliedrigkeit, sondern auch durch die Halbtagschule bestimmt.

Vom Kaiserreich, in dem Ende des 19. Jahrhunderts die Vormittagsschule eingeführt wurde, bis in das wieder vereinigte Deutschland zum Ende des 20. Jahrhunderts sind alle Reforminitiativen für Ganztagschulen, von einzelnen Modellschulen abgesehen, nicht erfolgreich gewesen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde im Westen Deutschlands die Trennung von Schule und Erziehung aus der Weimarer Republik weitergeführt, ergänzt durch ein begrenztes Angebot vorschulischer und außerschulischer Betreuung. Die Ablehnung institutionalisierter Erziehung außerhalb der Familie bei gleichzeitiger Überhöhung der Mutterrolle („Rabemütter Syndrom“) war und ist in der Bundesrepublik, anders als den meisten anderen europäischen Ländern, immer noch prägend.

Familien sind heute nicht mehr die Großfamilien vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Häufig sind sie auf einen Kern von zwei oder drei Personen reduziert und haben es schwer, soziales Lernen und soziale Integration ihrer Kinder zu gewährleisten. Das Leben in der Stadt wie auch auf dem Land bietet immer weniger gefahrlose, freie Bewegungs- und Spielmöglichkeiten. Die neuen Medien, vor allem Fernsehen und Computer, nehmen gleichzeitig einen immer bestimmenderen Anteil der Zeit außerhalb der Halbtagschule ein und führen zu nicht nur positivem sozialem Lernen aus „zweiter Hand“. Die Lebenswelt allein scheint auch im sozialen Bereich nicht mehr alle Kinder und Jugendliche dazu zu befähigen, sich in eben dieser Lebenswelt zurechtzufinden.

Mit der seit den siebziger Jahren zunehmenden Bildungsbeteiligung der Frauen verliert auch das bürgerliche Familienmodell als gesellschaftspolitische Grundlage des Halbtagschulsystems an Attraktivität. Frauen mit akademischer Ausbildung etwa bleiben zu über 40 Prozent kinderlos. In Frankreich, wo die Ganztagschule, beginnend mit der Vorschule für Kinder ab zwei Jahren, selbstverständlich ist, werden deutlich mehr Kinder geboren. Auch in Deutschland wünschen sich junge Frauen mehr Kinder, aber die Verwirklichung ihres Wunschs erfordert von ihnen die zeitweise, häufig auch endgültige Aufgabe ihres Berufs.

Aber erst die alarmierenden Ergebnisse der PISA-Studie ließen die deutsche Halbtagschule in einem kritischen Licht erscheinen. Vor allem die starke Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen Herkunft wurde in erschreckender Weise deutlich. Gerade auch Baden-Württemberg erkaufte seinen guten Mittelwert im nationalen Vergleich mit einer sehr breiten Streuung der Leistungen, sprich mit der Vernachlässigung der „leistungsschwachen“ Kinder.

Im Halbtagschul-System müssen die ergänzenden Übungen zum Stoff vermittelnden Unterricht außerhalb der Schule in Form von Hausaufgaben erfolgen, um die sich die nicht-erwerbstätige Hausfrau und Mutter, manchmal auch der Vater, kümmern soll. Viele Familien können diesen Bildungs- und Erziehungs-Auftrag nicht leisten. Vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten sind benachteiligt, deren Mütter zudem nicht selten („working poor“) zur Erwerbsarbeit auch am Nachmittag gezwungen sind. Es ist absurd, dass viele Schülerinnen und Schüler am „schulfreien Nachmittag“ Nachhilfeunterricht benötigen und Eltern dafür erhebliche finanzielle Mittel aufwenden.

Ganztagschulen sind derzeit in Baden-Württemberg im Wesentlichen nur die Sonderschulen für geistig oder körperlich behinderte Kinder und Hauptschulen in sozialen Brennpunkten; sie werden auch mit zusätzlichen LehrerInnenstunden ausgestattet. Daneben gab und gibt es aber vor allem im ländlichen Raum immer schon die faktische Ganztagschule an den ein oder zwei Tagen in der Woche, an denen auch nachmittags Unterricht stattfinden muss. Die Kinder und Jugendlichen der Sekundarschulen sind in der Mittagspause und in der Zeit bis zur Abfahrt der Schulbusse „nach der Mittagsschule“ einfach sich selbst überlassen.

Auch wenn in Teilen der CDU die langjährige, ideologisch besetzte Ablehnung der Ganztagschulen schwindet, ignoriert Kultusministerin Schavan weiterhin die pädagogische, soziale und ökonomische Bedeutung von Ganztagschulen. Dabei schafft sie zudem mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums eine „Ganztagschule durch die Hintertür“. Aufgrund der vielen Unterrichtsstunden pro Woche sind die Schülerinnen und Schüler oft drei bis vier Nachmittage an der Schule. Dass sie dann auch entsprechende pädagogische Betreuung, Mittagsverpflegung und die dafür notwendigen Räume benötigen, hat Ministerin Schavan bei der Einführung des G 8 immer geleugnet.

Durch das Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB) der rot-grünen Bundesregierung gibt es nun auch in Baden-Württemberg Geld für neue Ganztagschulen an allen Schularten. Die Aussicht auf hohe Investitionsmittel aus dem IZBB lässt in vielen Kommunen Vorbehalte dahin schmelzen, auch weil sie bei der baden-württembergischen Genehmigungspraxis die Möglichkeit haben, mit der Investition in Ganztagsinfrastruktur dringend notwendige Renovationen ihrer Schulen zu verbinden. Deshalb wurden und werden an vielen Schulen in Abstimmung mit ihrer Kommune Ganztagsprogramme entwickelt, die zusammen mit den schon vorhandenen Nachmittagsstunden die nötige Stundenzahl – mindestens sieben Stunden an drei Tagen in der Woche - umfassen.

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen diesen durch das IZBB angestoßenen grundlegenden Wechsel, die positive Arbeit der Schulen an den Ganztagsangeboten als auch die Verantwortungsbereitschaft der Kommunen für die Schulen am Nachmittag. Wir wollen, dass diese neuen Ganztagschulen zu Erfolgsmodellen werden:

Bildungspolitisch sehen wir die Chance, mehr soziales Lernen in der Schule zu ermöglichen, in Verbindung mit dem Wechsel vom selektiven zu einem integrativen Schulsystem die Qualität der Schulen zu verbessern und so im internationalen Vergleich wieder nach vorne zu kommen. Wir sehen die Chance, den Schulerfolg vom sozioökonomischen Status der Eltern abzukoppeln und so mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Und wir sehen die Chance, dass mit der neuen Rolle der LehrerInnen auch deren Ansehen und Anerkennung in der Öffentlichkeit wieder steigt.

Frauenpolitisch, und im Sinne von Genderpolitik damit auch familienpolitisch, sehen wir die Chance, durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf junge Menschen aus der Entscheidungsfalle zu befreien, die für junge Frauen und Männer meistens in der traditionellen Rollenverteilung oder immer häufiger in der Kinderlosigkeit endet. Die Chancengerechtigkeit für Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft kann so deutlich vorangebracht werden.

Wirtschaftspolitisch sehen wir die Chance, das kreative Potential und die gute Ausbildung von allen Frauen wie von allen Männern positiv zu nutzen und gleichzeitig den Trend in der demographischen Entwicklung umzukehren.

Integrationspolitisch sehen wir die Chance, Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wesentlich zu verbessern. Gerade in Migrantenfamilien fehlen oftmals die notwendigen materiellen und immateriellen Ressourcen, um die Kinder in ihrer schulischen Laufbahn zu unterstützen, etwa im Bereich der Hausaufgabenbetreuung. Kinder aus Familien, in denen die Umgangssprache nicht deutsch ist, kann zudem durch die Ganztagschule der Spracherwerb erleichtert werden.

Eckpunkte für Ganztagschulen

Der Erfolg dieser vielen neuen Ganztagschulen hängt ganz entscheidend von der Qualität ihrer Programme sowie von der Qualität der Umsetzung und vor allem der Weiterentwicklung dieser Programme ab. Viele Programme sind in Baden-Württemberg derzeit, der schnellen Antragsstellung geschuldet, noch eher Provisorien und stellen hohe Anforderungen an die Improvisationsfähigkeit aller Beteiligten.

Öffnung von Schulen - von der Ganztagsbetreuung zur Ganztagsbildung

Die neuen Ganztagschulen erhalten von der Landesregierung weder zusätzliche Lehrerstunden noch zusätzliche Finanzmittel. Damit ist aber keine Weiterentwicklung der Schule zu einem Lern- und Lebensort möglich. Reinen Betreuungsangeboten ohne pädagogische Qualitätssicherung erteilen wir, ebenso wie einer bloßen Verlängerung des Unterrichtsvormittages, eine Absage. Ganztägig geöffnete Schulen brauchen ein pädagogisches Konzept, und die Verantwortung dafür liegt beim Kollegium der Schule. Deshalb muss sich die Landesregierung auch an der Finanzierung der neuen Ganztagschulen angemessen beteiligen. Derzeit sieht das Landesprogramm für die Ganztagschule zusätzliche Lehrerstunden nur für Hauptschulen in so genannten sozialen Brennpunkten vor. Wir fordern zusätzliche Lehrerstunden für alle Ganztagschulen, etwa für die Entwicklung von Konzepten, für die Kooperation mit Partnern und für Fördermaßnahmen. Wir fordern Mittel für Lehrbeauftragte.

Die Öffnung von Schule sehen wir positiv, weil sie vielen Kinder neue Anregungen eröffnet

Die Öffnung ist möglich durch die Einbeziehung von Vereinen, von Musik- und Kunstschulen, von weiteren Bildungsträgern, von Handwerker/innen, Künstler/innen, Studierenden, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, Eltern und SeniorInnen. Sozialprojekte, Patenschaften und andere Formen der Mitgestaltung etwa im Stadtteil sind im Rahmen der Nachmittagsangebote denkbar. Die Kooperationen und das Einbeziehen Dritter erfolgen im Rahmen eines pädagogischen Konzeptes der Schule. Die Ganztagschule muss mit der Jugendhilfe kooperieren; außerschulische Betreuungsangebote sollen einbezogen werden. Dabei profitieren die Schulen von den Qualifikationen der ErzieherInnen.

Wir wollen, dass sich Schulen oder einzelne Züge von Schulen zu gebundenen, rhythmisierten, integrativen Ganztagschulen weiter entwickeln können und dafür zusätzliche LehrerInnenstunden und Lehrbeauftragtenmittel erhalten.

Erst gebundene Ganztagschulen lösen die verdichtete Halbtagschule mit ihren äußerst ineffektiven ersten und sechsten Stunden ab. In diesen Ganztagschulen ist es möglich, entsprechend dem biologischen Rhythmus der SchülerInnen zwischen Unterricht, Einzelarbeit, Freiarbeit, Projekten, Arbeitsgemeinschaften, Sport und Entspannungsphasen sinnvoll zu wechseln.

Die Entwicklung zu gebundenen Ganztagschulen kann über Zwischenformen erfolgen. Auch diese sollen zusätzliche Mittel erhalten, vor allem mehr LehrerInnenzeit für individualisierte Förderangebote für leistungsschwache wie für leistungsstarke SchülerInnen.

Neues Arbeitsverständnis der LehrerInnen

Die meisten LehrerInnen wissen, dass sie mit dem „Stundengeben“ in der Halbtagschule ihren SchülerInnen nicht mehr gerecht werden können. Sie sind nicht nur fachlich, sondern immer stärker pädagogisch, erzieherisch gefordert. LehrerInnen in sich entwickelnden Ganztagschulen müssen mehr Zeit haben, um in Partnerschaft mit den Eltern mehr Verantwortung für die Erziehung der Kinder übernehmen zu können. LehrerInnen haben auch mehr Zeit für ihre SchülerInnen, wenn sie nicht gezwungen sind, einen Großteil ihrer Energie in Noten, Klassenarbeiten und Selektion zu stecken. Um Überforderungen Einzelner zu vermeiden, muss Teamarbeit zur Regel werden. In solchen Teams sollen auch SozialpädagogInnen und ErzieherInnen arbeiten können.

Wir wollen eine neue Definition der Arbeit und der Arbeitszeit der LehrerInnen. Wir wollen eine stärker pädagogisch ausgerichtete Ausbildung der neuen LehrerInnen, und wir wollen, dass die neuen Ganztagschulen Mittel erhalten, um sich ihren Bedürfnissen entsprechend weiterzubilden.

Die LehrerInnen in den sich entwickelnden Ganztagschulen sollen neue Arbeitszeitmodelle entwickeln und erproben. Wichtig ist, dass LehrerInnen künftig selbst bestimmter und verantwortlicher arbeiten können. Auch die Rolle der Schulleitungen muss neu definiert werden. LehrerInnen sollen nicht mehr beamtet sein.

Partizipation der SchülerInnen

Ganztagschulen haben die Zeit, die Eigeninitiative aller SchülerInnen zu fördern und demokratisches Handeln aktiv zu üben. Sie dürfen ihre SchülerInnen weder fremd bestimmen noch verplanen, sondern müssen von ihnen Selbstständigkeit und Eigenverantwortung verlangen.

Wir wollen, dass SchülerInnen entsprechend ihrer Altersstufe Mitspracherechte bei der Organisation des Schulalltags, beim Mittagessen und bei der Planung von zusätzlichen inhaltlichen Angeboten bekommen.

Mit dem Alter der SchülerInnen muss die „gleiche Augenhöhe“ zwischen SchülerInnen und LehrerInnen wachsen. Ältere SchülerInnen können als TutorInnen Verantwortung für das Lernen Jüngerer übernehmen oder selber Projekte aus ihren speziellen Wissensbereichen anbieten.

Ganztagschule und Elternhaus

Die Ganztagschule nimmt einen größeren Anteil des gemeinsamen Erziehungsauftrags von Elternhaus und Schule wahr. Deshalb muss die Ganztagschule die außerschulische Lebenswelt der Kinder kennen und sich auf diese Lebenswelt der Kinder beziehen. Das geht nur, wenn Schule und Eltern mehr als bisher zusammenarbeiten.

Wir wollen, dass die Eltern stärker in die Arbeit der Schule einbezogen werden und Mitspracherechte bei der Organisation des Schulalltags und bei der Planung von zusätzlichen inhaltlichen Angeboten bekommen. Diese Partizipation der Eltern wie die der SchülerInnen darf nicht im Belieben der einzelnen Schule liegen, sondern muss durch die Stärkung der Schulkonferenz sichergestellt werden.

Ihr Aufgabenbereich muss ausgeweitet werden. Fragen wie Schulverpflegung oder dauerhafte Kooperationen mit außerschulischen PartnerInnen sollen gemeinsam in der Schulkonferenz beschlossen werden.

Es soll aber auch selbstverständlich werden, dass Eltern ihre Qualifikationen in speziellen Projekten oder Arbeitsgemeinschaften einbringen und so das Bildungsangebot ihrer Schulen erweitern. Darüber hinaus sollen bei Schwierigkeiten in der Erziehung – schulischer oder familiärer Art – und bei Diagnosen wie ADS, Dyskalkulie oder Legasthenie fachtherapeutische Hilfe und Unterstützung für Eltern, Kinder und LehrerInnen schon in der Schule angeboten werden. Dabei muss die Hilfe für das Kind im Vordergrund stehen.

Mittagessen

Gerade junge Eltern sind zu Recht sehr sensibel, was die Ernährung ihrer Kinder betrifft. Sie wissen, dass ausgewogene Ernährung wesentlich zur gesunden Entwicklung ihrer Kinder beiträgt.

Wir wollen deshalb, dass in Ganztagschulen auf biologisch gesundes, vollwertiges, frisches und schmackhaftes Essen geachtet wird, bei dem auch kulturelle oder z. B. vegetarische Ernährungswünsche berücksichtigt werden.

Wir wollen, dass die Diskussion um das gesunde Mittagessen mit einer ernährungs- und gesundheitswissenschaftlichen Grundbildung der SchülerInnen verbunden wird.

Die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Gesundheit sind bekannt. Prävention durch Ernährung und Bewegung können die meisten Risikofaktoren für chronische Krankheiten, insbesondere das Übergewicht, reduzieren. Kinder, die früh die Gelegenheit bekommen, die vielfältigen Geschmacksangebote einer ausgewogenen Kost für sich zu entdecken, können später selbst bestimmt ihren eigenen Geschmack entwickeln.

Schulatmosphäre

Viele Schulen haben noch den Kasernencharme der Jahrhundertwende, verbunden mit dem Betonfeeling der siebziger Jahre.

Wir wollen, dass in Ganztagschulen auch bei der Gestaltung der Räume Wert auf eine positive Schulatmosphäre gelegt wird, damit sich die SchülerInnen in ihrer Schule wohl fühlen.

Bei den Investitionen in die neuen Ganztagschulen müssen alle Beteiligten, vor allem aber die GemeinderätInnen, darauf achten, dass nicht nur renoviert wird, sondern auch genügend Nischen-, Ruhe- und Rückzugsräume zur Entspannung und für Frei- und Gruppenarbeit sowie genügend Möglichkeiten für Spiel und Bewegung geschaffen werden. Schulräume müssen ausreichend groß dimensioniert sein, um den unterschiedlichen Anforderungen an neue Lernformen gerecht zu werden. LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern müssen bei der Gestaltung der Innenräume wie der Schulhöfe Freiraum für kreative Lösungen bekommen.

Flächendeckende Angebote, Grundschulen nicht vergessen

In Ballungszentren werden Ganztagschulen an allen Schularten schneller ausgebaut als in den ländlichen Regionen. Durch das Windhund-Prinzip der Landesregierung bei der Vergabe der Mittel wird die Qualität der pädagogischen Konzepte nachrangig und werden große Summen zudem nicht effizient eingesetzt.

Wir wollen ein flächendeckendes Ganztagsangebot mit hoher Qualität für jede Familie in zumutbarer Entfernung und in jeder Schulart. Einen besonderen Schwerpunkt sehen wir bei den Grundschulen.

Gerade der Ausbau von Grundschulen ist sowohl für die Verbesserung der Chancengleichheit aller Kinder als auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf am

wichtigsten. Derzeit sind Grundschulen bei der Mittelvergabe aus dem IZBB unterrepräsentiert, weil bei ihnen die erforderliche zusätzliche Stundenzahl, also die zusätzlichen laufenden Kosten für die Kommunen, erheblich größer sind als z.B. an Gymnasien. Ein sehr gutes Bildungsprogramm in der Ganztags-Grundschule erfordert zusätzliches gut qualifiziertes pädagogisches Personal in erheblichem Umfang. Dies können die Kommunen alleine nicht finanzieren. Schon die Finanzierung der Betreuung in der "verlässlichen Halbtagsgrundschule" macht vielen Kommunen zu schaffen.

Mehr Geld in Bildung

Es ist an der Zeit, die unsinnige Trennung von Unterricht und Betreuung aufzuheben. Kinder lernen immer, und sie sind soziale Wesen. Nur mit anspruchsvollen pädagogischen Konzepten für den ganzen Tag in Kindertagesstätten, Grundschulen und weiterführenden Schulen wird die Bereitschaft, sich für Kinder zu entscheiden, wieder wachsen. Die Angebote, auch die Kooperationen mit außerschulischen Bildungsträgern, müssen zudem dauerhaft und verlässlich sein. Anspruchsvolle pädagogische Konzepte sind die Voraussetzung für die Chancengleichheit aller Kinder, der leistungsstarken wie der leistungsschwachen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Die Finanzierung von anspruchsvollen, pädagogischen Ganztagsangeboten muss gebührenfrei sichergestellt werden. Mit dem IZBB hat die Bundesregierung einen Investitionsschub ausgelöst. Für die Finanzierung der pädagogischen Ausgestaltung sind insbesondere das Land, aber auch die Kommunen in der Verantwortung. Der Grundsatz der Schulgeldfreiheit muss auch für Ganztagschulen gelten.

Bei den Bildungsausgaben darf Deutschland als Hochtechnologieland nicht unterhalb des OECD-Durchschnitts verharren. Angesichts des demografischen Wandels müssen alle Kinder ihre Fähigkeiten voll entfalten können, kein Kind darf verloren gehen.

Wir wollen auch beim Rückgang der Geburtenzahlen zusätzliche Mittel in den Bildungsbereich umschichten und den Ausbau zu einem kinderfreundlichen, modernen Bildungssystem schaffen. Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage kann der Ausbau schnell beginnen.